

Neue Regeln für neues Vertrauen: Ökonomische Überlegungen zur Bürger-Politiker-Beziehung



FLORIAN FOLLERT * • Januar 2021

Zusammenfassung

- Eine wachsende Skepsis gegenüber politischen Akteuren ist in zahlreichen Demokratien anzutreffen. In Europa etwa kann seit einigen Jahren beobachtet werden, dass es mit dem Aufkommen neuer Parteien zu einer Mobilisierung jener Bürger kommt, die sich bislang möglicherweise nicht am politischen Diskurs beteiligten, was sich auch in der Wahlbeteiligung zeigt, die seit dem Tiefpunkt im Jahr 2009 wieder ansteigt.
- Dies wirft die Frage nach Lösungsvorschlägen auf. Das Verhältnis zwischen Bürger und Politiker kann in einer parlamentarischen Demokratie als Delegationsbeziehung verstanden werden. Auf Basis des Eigennutzaxioms der *Public Choice Theorie* lassen sich die typischen Probleme einer Auftragnehmer-Auftraggeber-Beziehung aufzeigen. So gehen diese Beziehungen regelmässig mit einer asymmetrischen Informationsverteilung einher, was opportunistisches Verhalten des Agenten begünstigt.
- Die ökonomische Theorie schlägt grundlegende Mechanismen vor, wie das Konfliktpotential zwischen Prinzipal und Agent reduziert werden kann. Dieses LI-Paper untersucht anhand der Aspekte *Vergütung*, *Sanktionierung* und *Haftung*, wie neue Regelungen Vertrauen schaffen können, insbesondere, wenn politische Akteure diese selbst vorbringen.
- Erlegen Politiker sich selbst Mechanismen auf, die die Verhaltensunsicherheit reduzieren, könnte dies durch den Bürger als vertrauensbildendes Signal verstanden werden, wodurch sich die Beziehung stabilisieren könnte.

* Der Autor ist Assistant Professor für Unternehmensrechnung und Sportökonomik an der Privatuniversität Schloss Seeburg, Seekirchen, Österreich. Zu seinen Arbeitsschwerpunkten zählen Public Choice, Managerial Economics und Bewertungstheorie. Die grundlegenden Ansätze dieses Diskussionspapiers finden sich in Follert (2018, 2020).

Für zahlreiche Beobachter erscheint es prima facie als irrational, dass etwa 70 Millionen Wahlberechtigte in den Vereinigten Staaten dem 45. Präsidenten des Landes, Donald Trump, erneut ihre Stimme gaben. Martin Beglinger (2020) fragt in der *Neuen Zürcher Zeitung* daher:

«Warum laufen weiterhin Millionen von Leuten einem egomanischen Milliardär hinterher, der weniger Steuern bezahlt als sie selber? Weil seine Wähler einfach nur Dummköpfe sind, Rassisten und Sexisten, allesamt fehlgeleitet von Fake-News, wie so viele seiner Gegner finden?»

Der Autor bemerkt zurecht, dass diese Erklärung wohl zu kurz greift. Sowohl die Präferenzen als auch die Erwartungen von Individuen sind subjektiv (etwa Lachmann 1977, 28; Menger 2007, 52 f.). Ein Verhalten aus externer Perspektive als «irrational» zu diskreditieren, zeugt daher lediglich von mangelnder Toleranz der Präferenzfreiheit. Ludwig von Mises (1998, 19) fasst diese Haltung treffend zusammen:

«No man is qualified to declare what would make another man happier or less discontented. The critic either tells us what he believes he would aim at if he were in the place of his fellow; or, in dictatorial arrogance blithely disposing of his fellow's will and aspirations, declares what condition of this other man would better suit himself, the critic.»

Ein tiefergehender Erklärungsansatz kann in einer Entfremdung grosser Bevölkerungsteile von der *Politischen Klasse* (Borchert und Golsch 1995) gesehen werden (etwa Follert 2018). Beglinger (2020) spricht mit Verweis auf Michael J. Sandel sogar von einer «Tyrannei der Gebildeten», die in den Vereinigten Staaten «den Weg für Donald Trump und den Populismus geebnet hat». Auch in Europa kann seit einigen Jahren beobachtet werden, dass das Aufkommen neuer Randparteien zu einer Mobilisierung von Bürgern führt, die sich bislang möglicherweise nicht am politischen Diskurs beteiligten, was sich auch in der Wahlbeteiligung zeigt, die seit dem Tiefpunkt im Jahr 2009 wieder ansteigt.

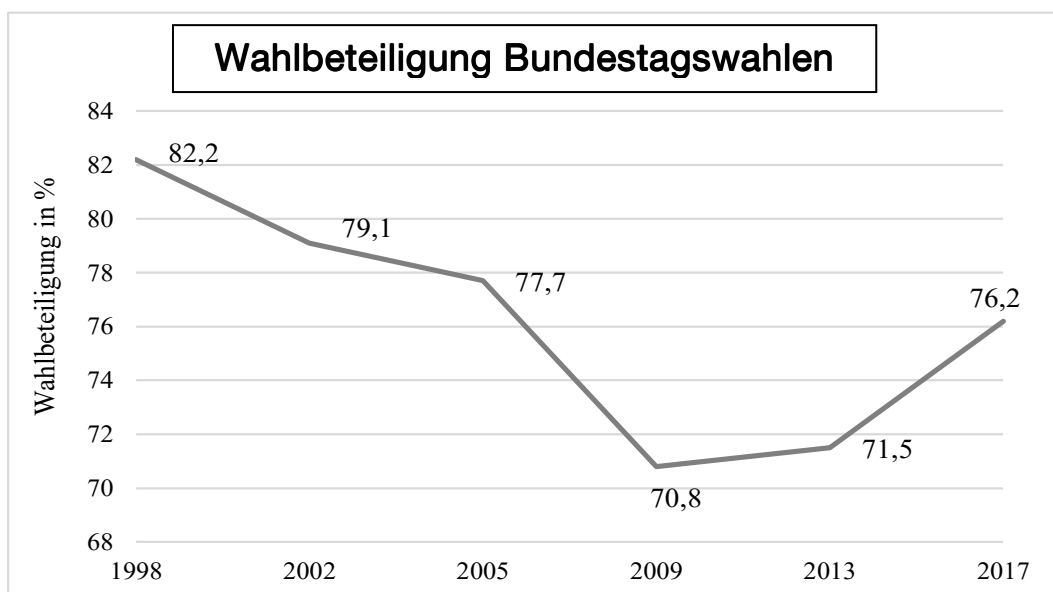


Abbildung 1: Wahlbeteiligung Deutschland 1998-2017 (Quelle: Bundeswahlleiter)

Sowohl aus wissenschaftlicher Sicht als auch aus der Perspektive der etablierten politischen Parteien stellt sich die Frage, welche Lösungsansätze für die beschriebene Situation in Frage kommen. Im Kern geht es darum, das Vertrauensverhältnis zwischen der Bevölkerung und dem politischen Establishment wiederherzustellen.

Das vorliegende Paper möchte ausgehend von den Arbeiten Follerts (2018, 2020) einige Vorschläge thematisieren, die sich aus der Betrachtung der Bürger-Politiker-Beziehung als Prinzipal-Agenten-Verhältnis ableiten lassen. Hierzu greifen wir auf in der ökonomischen Theorie etablierte Konzepte aus dem Forschungsfeld *Corporate Governance* zurück und diskutieren auf abstrakter Ebene, welche Anreizwirkungen sich aus veränderten Rahmenbedingungen hinsichtlich Vergütung, Sanktionierung und Haftung ergeben können.

Der möglicherweise vorgebrachte Einwand, die unternehmerische Sphäre sei nicht mit den politischen Bedingungen in einer (parlamentarischen) Demokratie vergleichbar, greift ebenso zu kurz, wie der Verweis auf rechtliche Hürden. Auch hierbei handelt es sich lediglich um veränderbare Rahmenbedingungen. Zudem wird in diesem Diskussionsstadium nicht das Ziel verfolgt, konkrete Gestaltungsempfehlungen herzuleiten. Vielmehr soll aufgezeigt werden, welche Signalwirkung sich eröffnen könnte, sofern politische Akteure den ein oder anderen Aspekt eigeninitiativ in die öffentliche Diskussion einbrächten.

Ein Vorbild könnte die niederländische Regierung sein, welche im Jahr 2017 eine Kommission einrichtete, um Vorschläge hinsichtlich der Bestandsfähigkeit der Demokratie zu unterbreiten (hierzu ausführlich Brouwer und Staal 2020). Ausgehend von dieser Initiative beinhaltet der aktuelle Band des *Munich Social Science Review, New Series* zahlreiche Aufsätze von Vertretern der Sozialwissenschaften, die sich mit dem Thema «Improving Democracy» auseinandersetzen (u.a. Brouwer und Staal 2020; Follert 2020; Nurmi 2020). Wie wichtig unkonventionelle Vorschläge zur Bereicherung der Diskussion sein können, zeigte etwa der Beitrag von Bruno S. Frey (2020) «Proposals for a Democracy of the Future», der eine breite Diskussion in der Zeitschrift *Homo Oeconomicus* auslöste.

Neue Politische Ökonomie als theoretischer Rahmen

Ausgehend von Schumpeter (1950) und Downs (1957) hat sich in den Sozialwissenschaften eine ökonomische Betrachtung der Politik unter dem Begriff *Neue Politische Ökonomie*– oder *Public Choice*– etabliert. Downs (1957, 28) formuliert das grundlegende Eigennutzaxiom wie folgt:

«We assume that they act solely in order to attain the income, prestige, and power which comes from being in office. Thus politicians in our model never seek office as a means of carrying out particular policies; their only goal is to reap the rewards of holding office per se. They treat policies purely as means to the attainment of their private ends, which they can reach only by being elected.»

Es ist offensichtlich, dass diese Zielerreichung an die Bedingung geknüpft ist, dass genügend Wählerstimmen gewonnen werden, um den Nutzenstrom zu konsumieren (Downs 1957). Aufbauend auf diesem zentralen Axiom offenbart sich ein Zielkonflikt zwischen den Interessen der *Politischen Klasse* und der Bevölkerung. Borchert und Golsch (1995, 614) beschreiben die *Politische Klasse* anhand der Merkmale «Leben von der Politik» und «Klasse für sich». Die erste Dimension zeigt sich im Hinblick auf die Verfolgung des eigenen Nutzens mit Downs (1957) kompatibel. Auf der Akteursebene ist eine Abgrenzung gegenüber anderen Gruppen charakteristisch für die *Politische Klasse*. Dabei ist dieses Merkmal nicht als objektiv zu verstehen. Vielmehr reicht bereits die bloße Wahrnehmung einer Separierung aus, um die Beziehung zu stören. Selbstverständlich sind in Wirklichkeit weder die Interessen einzelner Politiker, noch die der Bürger homogen, sondern in hohem Masse subjektiv. Um allerdings Implikationen im Hinblick auf eine Verbesserung der geschilderten Problematik abzuleiten, erscheint es als notwendig, einen gewissen Modellrahmen zu skizzieren.

In der folgenden modellhaften Betrachtung werden daher lediglich zwei Akteure unterschieden; der Bürger – verstanden als Wahlberechtigter –, und ein mit dessen Vertretung beauftragter Politiker, sodass eine Delegationsbeziehung vorliegt (Richter und Furubotn 2009)¹. Die Ökonomik als verhaltenswissenschaftliche Methode geht meist davon aus, dass Individuen mehr oder weniger systematisch auf Anreize reagieren (etwa Kirchgässner 2013; Emrich und Follert 2019). Hieraus lassen sich fruchtbare Implikationen für verschiedene Sozialsituationen ableiten, so auch für das Verhältnis zwischen Bürgern und Politikern.

Parlamentarische Demokratie als Delegationsbeziehung

Aus ökonomischer Perspektive ist die Beziehung zwischen Bürger und Politiker nichts anderes als eine Auftraggeber-Auftragnehmer- oder Prinzipal-Agent-Beziehung (PA-Beziehung) (etwa Jensen und Meckling 1976), in der der Bürger (Prinzipal) den Politiker (Agent) mit seiner Vertretung beauftragt. Solche Delegationsbeziehungen finden in zahlreichen Gebieten der modernen Gesellschaft statt und sind Ausdruck der Arbeitsteilung innerhalb einer Gesellschaft (Hayek 1945).

Während unter gewissen Voraussetzungen jedem Bürger die Möglichkeit offensteht, sich zur Wahl zu stellen, beobachten wir, dass sich nur ein gewisser Teil der Bevölkerung politisch engagiert. Aus ökonomischer Sicht ist dies leicht erklärbar: Die Bürger, die sich nicht zur Wahl stellen, haben aufgrund ihrer Präferenzstruktur und ihres Möglichkeitsraums eine bessere Alternativverwendung ihrer Zeit; ihre Opportunitätskosten sind schlicht zu hoch. Im Sinne einer Arbeitsteilung ist es daher nur effizient, dass sie Bürger mit niedrigeren Opportunitätskosten² mit ihrer Vertretung betrauen. Gerade demokratische Systeme sind durch eine Vielzahl von PA-Beziehungen

¹ Ähnlich auch Gersbach (2012, 2017), der von «Political Contract» spricht.

² Dies darf nicht dahingehend missverstanden werden, dass diese sich nur aus dem monetären Einkommen ergäben. Auch Präferenzen für Macht, Prestige, Freizeit etc. spielen bei der Entscheidung eine Rolle.

auf den verschiedenen Ebenen des politischen Prozesses geprägt, weshalb die theoretische Analyse anhand des entsprechenden Rahmenwerks in der Politikwissenschaft etabliert ist (etwa Pollack 1997; Strøm 2000; Geys und Mause 2012).

PA-Beziehungen gehen regelmässig mit einer asymmetrischen Informationsverteilung einher, was opportunistisches Verhalten des Agenten begünstigt (etwa Spremann 1990; Williamson 1993). Eine hinreichende Kontrolle durch den Agenten ist in einer solchen Situation kaum möglich. Im Rahmen der ökonomischen PA-Forschung wurden verschiedene Mechanismen herausgearbeitet, welche eine steuernde Wirkung auf das Verhalten des Agenten entfalten können, um eine Reduzierung der Zieldivergenz zwischen Prinzipal und Agent zu bewirken. Eine Verstärkung der Wirkung könnte dadurch erzielt werden, dass Politiker eigeninitiativ steuernde Mechanismen einführen, was eine Signalwirkung (Spence 1973) im Hinblick auf die bestehende Informationsasymmetrie und das daraus resultierende Vertrauensproblem entfalten könnte (zur Ökonomik des Vertrauens siehe Ripperger 1998).

Politik als Markt: Erkenntnisse der Corporate Governance-Forschung

Vergütung

Bei vielen Menschen entsteht ein intuitives Störgefühl, wenn ihnen bewusst wird, dass Parlamentarier selbst über ihr Gehalt entscheiden. Der Preis für die Arbeit eines Politikers entzieht sich damit einem Marktprozess, da der Politiker auf beiden Seiten der Transaktion agiert (etwa Follert 2018; Follert 2020). Die Höhe der Vergütung, die auf einem Markt das Ergebnis eines Aushandlungsprozesses ist, reflektiert somit nicht die individuelle Wertschätzung und damit die Zahlungsbereitschaft des Prinzipals, der Preis verfehlt somit seine wichtige Informationsfunktion (etwa Ebeling 1990; Kirzner 1992).

Derzeit kann die sog. «Abgeordnetenentschädigung» in Deutschland auf 10.083,47 EUR beziffert werden.³ Als Argumente für die Höhe der Diäten werden oft der Vergleich zur Entlohnung vergleichbarer Tätigkeiten oder entgangene Entgelte in der Privatwirtschaft angeführt (etwa Meyer 1998). Insbesondere soll die Vergütung die Unabhängigkeit der Abgeordneten sichern. Hier darf freilich die Frage gestellt werden, ob diese denn beispielsweise bei einer Vergütung von 7.000 EUR in Gefahr geriete?⁴ Auch von einem Amtsrichter oder einem Universitätsprofessor wird eine Unabhängigkeit erwartet, wenngleich deren Grundgehalt kaum mit dem eines Abgeordneten vergleichbar ist.

Um nachhaltig Vertrauen aufzubauen, könnte der Bundestag selbst beschliessen, die Diäten individuell zwischen jedem Abgeordneten und einer Kommission bzw. dem Bundestags- oder Bundespräsidenten auszuhandeln. Alternativ könnte der Lohn an das Durchschnittsgehalt der letzten fünf Jahre vor Einzug in das Parlament geknüpft sein (Follert 2020; zum Vorschlag des Opportunitätsentgelts auch Meyer 1998).

³ https://www.bundestag.de/abgeordnete/mdb_diaeten

⁴ Zum Vergleich: Ein Abgeordneter in den Niederlanden erhält 7.750 EUR, vgl. hierzu auch Follert (2020).

Der Vorschlag könnte das individuelle Humankapital und insbesondere die durch den Politiker getätigten Bildungsinvestitionen tendenziell besser widerspiegeln als die derzeitige Praxis.

Dies schliesst keineswegs aus, dass ein Aufschlag berücksichtigt wird, da für den Bürger, der bspw. aus einem unbefristeten Anstellungsvertrag aussteigt, um sich politisch zu betätigen, das Risiko des eventuellen Scheiterns eingepreist werden könnte. Zudem könnten auch versunkene Kosten für jahrelange Parteiarbeit, Wahlkämpfe etc. berücksichtigt werden (Meyer 1998).

Ein ergänzender Mechanismus könnte darin bestehen, einen Teil der Vergütung auf ein Treuhandkonto zu transferieren und dem Abgeordneten erst am Ende der Legislaturperiode auszuzahlen, sofern er seine Ankündigungen einhält bzw. nachweisen kann, sich hierfür eingesetzt zu haben.

Sanktionierung und Haftung

Nach derzeitigem Rechtsstand hat der Prinzipal im Bund nur alle vier Jahre die Möglichkeit der Leistungsbeurteilung des Agenten. Zudem ist zu berücksichtigen, dass Politiker tendenziell versuchen werden, im Zeitablauf der Legislaturperiode die Staatsausgaben zu erhöhen, um bestimmte Gesellschaftsgruppen für sich zu gewinnen.⁵ In Aktiengesellschaften legt ein Vorstand den Aktionären hingegen jährlich Rechenschaft ab. Was spräche dagegen, den Bundestag für vier Jahre zu wählen, dem Prinzipal aber die Möglichkeit der Abberufung aus wichtigem Grund zu ermöglichen? Korrespondierend dazu könnten Politiker für gute Leistungen selbstverständlich auch frühzeitig entlastet werden, sofern sie ihre Versprechen einhalten bzw. ihr Abweichen explizit erläutern und genau begründen. Zugleich könnten leistungsabhängige Vergütungselemente – zumindest ergänzend – diskutiert werden, wenngleich diese für intrinsisch motivierte Politiker kontraproduktiv sein könnten (siehe hierzu etwa Deci 1971; Frey 1997).

Eine a priori verhaltenssteuernde Wirkung entfaltet das Verursacherprinzip, das dem Handelnden die Konsequenzen seiner Entscheidung aufbürdet. Die Einheit von Entscheidung und Haftung ist ein marktwirtschaftliches Grundprinzip (etwa Eucken 2004). Gersbach (2017, 4) formuliert es treffend:

«What we need is a device that can complement elections and can be integrated in a democracy. One of our major ideas is that office-holders should be rewarded for promises kept and punished for promises broken.»

Im parlamentarischen System ist diese Sanktionierung hingegen nur bedingt gegeben, was diskretionäres Potential eröffnet. Eine steuernde Wirkung könnte erzielt werden, wenn Politiker für ihre Entscheidungen mit ihrem Privatvermögen hafteten (Follert 2018). Natürlich muss diese Haftung begrenzt sein, da unternehmerische wie politische Entscheidungen immer mit Unsicherheit einhergehen. Gerade neuartige Situationen mit begrenzter Datenverfügbarkeit, wie die derzeitige Covid-19-Pandemie,

⁵ Zum Rent-Seeking als Überblick Tollison (1982), mit Bezug auf COVID-19 Daumann und Follert (2020). Zu politischen Konjunkturzyklen etwa Schneider (1974); Nordhaus (1975).

stellen Politiker vor immense Herausforderungen. Ziel einer Haftung ist es weder, die Entscheidungsfreiheit der politischen Akteure einzuschränken, noch politisches Handeln unter Generalverdacht zu stellen. Vielmehr kann eine Haftung bewirken, Entscheidungen fundierter, insb. unter Kosten- und Nutzenaspekten, zu treffen. Dabei sind vor allem drei Punkte zu berücksichtigen (Kirchgässner 2013; Emrich und Follert 2019):

1. Durch die Unsicherheit zukünftiger Umweltzustände wird eine Entscheidung anhand erwarteter Kosten und Nutzen getroffen.
2. Die Informationen sind auch für Politiker unvollständig.
3. Es dürfen auch nicht-monetäre Kosten und Nutzen (bspw. aus ethischer Perspektive) berücksichtigt werden.

Daher sind aus ökonomischer Sicht Einschränkungen der Haftung zu fassen. Kann ein Politiker glaubhaft darlegen, dass er auf angemessener Informationsgrundlage zum Wohle der Bevölkerung entschieden hat, entfällt die Haftung (Follert 2018, 2020). Eine solche *Political Judgment Rule* knüpft an das Recht der Aktiengesellschaft an und soll einem Entscheidungsträger einen Haftungsfreiraum ermöglichen (hierzu etwa Merkt 2017), sofern er glaubhaft nachweisen kann, dass er die Entscheidung auf der Basis einer risikoadäquaten Kosten-Nutzen-Analyse getroffen hat. Hierzu bietet das moderne Risikomanagement zahlreiche Unterstützungsinstrumente (etwa Gleißner 2017, 2019). Entscheidend ist aus ökonomischer Sicht, dass politische Entscheidungen auf Basis einer adäquaten Informationslage getroffen werden. Ist dies der Fall und kann der Akteur seine Entscheidung glaubhaft begründen, wird kein Gericht ihn zu einer persönlichen Haftung verurteilen. Politiker könnten sich gegen das Haftungsrisiko selbstverständlich versichern – ähnlich der D&O-Versicherungen für Geschäftsleiter – sie müssten jedoch im Fall eines Fehlverhaltens eine Selbstbeteiligung zahlen, die sich prozentual auf ihr Einkommen beziehen könnte.

Fazit

Auf den ersten Blick mag die Analogie zu Unternehmen irritieren. Bei näherer Betrachtung zeigen sich jedoch strukturelle Parallelen. Würden Politiker einige der Vorschläge eigeninitiativ vorantreiben, wäre dies ein vertrauensbildendes Signal. Die konkrete Operationalisierung sollte von Vertretern verschiedener Sozialwissenschaften erarbeitet werden. Insbesondere die Rechtswissenschaft sollte hier eingebunden werden, um etwaige staatsrechtliche Hürden im Vorfeld zu eruieren. Bereits die Diskussion der Vorschläge könnte zu einer Vertrauensstärkung in die *Politische Klasse* führen.

Literatur

- Borchert, J. und Golsch, L. (1995), Die politische Klasse in westlichen Demokratien: Rekrutierung, Karriereinteressen und institutioneller Wandel. *Politische Vierteljahresschrift*, 36: 609-629.
- Brouwer, P. und Staal, K. (2020), The Future of the Dutch Democracy: A Model Case. *Munich Social Science Review, New Series* 3: 7-53.
- Daumann, F. und Follert, F. (2020), COVID-19 and Rent-Seeking Competition: Some Insights from Germany. *New Perspectives in Political Economy* 16: 52-69.
- Deci, E.L. (1971), Effects of Externally Mediated Rewards on Intrinsic Motivation," *Journal of Personality and Social Psychology* 18: 105-115.
- Downs, A. (1957), *An Economic Theory of Democracy*. New York: Harper & Brothers Publishers.
- Ebeling, R. M. (1990), What is a Price? Explanation and Understanding (With Apologies to Paul Ricoeur).In: Lavoie, D. (Hrsg.) *Economics and Hermeneutics*. London: Routledge
- Emrich, E. and Follert, F. (2019), Totgesagte leben länger! Einige Anmerkungen zum homo oeconomicus als Methode. *Wirtschafts-politische Blätter* 66: 337-347.
- Eucken, W. (2004), *Grundsätze der Wirtschaftspolitik*, 7. Aufl., Tübingen: Mohr Siebeck.
- Frey, B.S. (1997), *Not Just for the Money: An Economic Theory of Personal Motivation*, Cheltenham, UK and Brookfield, USA: Edward Elgar.
- Frey, B.S. (2017), Proposals for a Democracy of the Future. *Homo Oeconomicus* 34: 1-9.
- Follert, F. (2018), Die Bürger-Politiker-Beziehung im Lichte der Neuen Politischen Ökonomie: Ein Diskussionsbeitrag. *der moderne staat* 11: 233-252.
- Follert, F. (2020), Improving the Relationship between Citizens and Politicians: Some Economic Remarks from an Agency-Theoretical Perspective. *Munich Social Science Review, New Series* 3: 171-184.
- Gersbach, H. (2012), Contractual Democracy. *Review of Law and Economics* 8: 823-851.
- Gersbach, H. (2017), *Redesigning Democracy. More Ideas for Better Rules*, Heidelberg: Springer.
- Geys, B. und Mause, K. (2012), Delegation, Accountability & Legislator Moonlighting: Agency Problems in Germany. *German Politics* 21: 255-273.
- Gleißner, W. (2017), Risikoanalyse, Risikoquantifizierung und Risikoaggregation. *Wirtschaftswissenschaftliches Studium* 46(9): 4-11.
- Gleißner, W. (2019), Business Judgement Rule. Das neue Paradigma eines entscheidungsorientierten Risikomanagements. *GRC aktuell* 2: 148-153.
- von Hayek, F.A. (1945). The Use of Knowledge in Society. *American Economic Review* 35: 519-530.
- Jensen, M.C. und Meckling, W.H. (1976), Theory of the Firm: Managerial Behavior, Agency Costs and Ownership Structure. *Journal of Financial Economics* 3: 305-360.
- Kirchgässner, G. (2013), *Homo Oeconomicus*, 4. Aufl., Tübingen: Mohr Siebeck.
- Kirzner, I. M. (1992), *The Meaning of Market Process. Essays in the Development of Modern Austrian Economics*. London: Routledge.
- Lachmann, L.M. (1977), *Capital, Expectations, and the Market Economy – Essays on the Theory of the Market Economy*, Kansas City: Sheed Andrews and McMeel.

- Menger, C. (2007), *Principles of Economics*, Auburn, AL: Mises Institute.
- Merkt, H. (2017), Rechtliche Grundlagen der Business Judgment Rule im internationalen Vergleich zwischen Divergenz und Konvergenz. *Zeitschrift für Unternehmens- und Gesellschaftsrecht* 46: 129-148.
- Meyer, D. (1998), Abgeordnetenentschädigung – Ein Beitrag zur Rationalisierung der Diskussion aus ökonomischer Sicht. *Politische Vierteljahresschrift* 39: 329-344.
- Nordhaus, W.D. (1975), The Political Business Cycle. *The Review of Economic Studies* 42: 169-190.
- Nurmi, H. (2020), Remarks on ‘The Future Viability of the Dutch Democracy’. *Munich Social Science Review, New Series*, 3: 55-62.
- Pollack, M.A. (1997), Delegation, Agency, and Agenda Setting in the European Community. *International Organization* 51: 99-134.
- Richter, R. and Furubotn, E.G. (2010), *Neue Institutionenökonomie*, 4. Aufl., Tübingen: Mohr Siebeck.
- Ripperger, T. (1998). *Ökonomik des Vertrauens*. Tübingen: Mohr Siebeck.
- Schneider, F. (1974), Politisch-ökonomische Konjunkturzyklen: ein Simulationsmodell. *Schweizerische Zeitschrift für Volkswirtschaft und Statistik* 110: 519-549.
- Schumpeter, J.A. (1950), *Capitalism, Socialism, and Democracy*, New York: Harper & Brothers Publishers.
- Spence, M. (1973), Job Market Signaling. *The Quarterly Journal of Economics* 87: 355-374.
- Spremann, K. (1990), Asymmetrische Information. *Zeitschrift für Betriebswirtschaft* 60: 561-586.
- Strøm, K. (2000), Delegation and accountability in parliamentary democracies. *European Journal of Political Research* 37: 261-289.
- Tollison, R.D. (1982), Rent Seeking: A Survey. *Kyklos* 35: 575-602.
- Williamson, O. E. (1993), Opportunism and its Critics. *Managerial and Decision Economics* 14: 97-107.



LIBERALES INSTITUT

Impressum

Liberales Institut
Hochstrasse 38
8044 Zürich, Schweiz
Tel.: +41 (0)44 364 16 66
institut@libinst.ch

Alle Publikationen des Liberalen Instituts finden Sie auf
www.libinst.ch.

Disclaimer

Das Liberale Institut vertritt keine Institutspositionen. Alle Veröffentlichungen und Verlautbarungen des Instituts sind Beiträge zu Aufklärung und Diskussion. Sie spiegeln die Meinungen der Autoren wider und entsprechen nicht notwendigerweise den Auffassungen des Stiftungsrates, des Akademischen Beirates oder der Institutsleitung.

Die Publikation darf mit Quellenangabe zitiert werden.
Copyright 2021, Liberales Institut.